








FORDERUNGEN							
1. Finanzielle Mittel für die Einrichtung von unabhängigen Beratungen, Selbstorganisation und Selbsthilfe für von Armut betroffene oder bedrohte Personen	Green	Red	Green	Green	Green	Green	Green
2. Förderung der frauen- und mädchenpolitischen Arbeit in den Frauenzentren durch eine anteilige Finanzierung der geschäftsführenden Tätigkeiten	Green	Yellow	Yellow	Red	Green	Green	Yellow
3. Stärkung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten : Wir fordern hauptamtliche kommunale Gleichstellungsbeauftragte in Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohner*innen, um eine flächendeckende gleichstellungspolitische Arbeit im Land Brandenburg gewährleisten zu können	Yellow	Yellow	Green	Red	Yellow	Yellow	Yellow
4. Ausbau der ärztlichen Grundversorgung auf dem Land - dazu gehören auch Geburtsstationen	Green	Yellow	Green	Green	Green	Green	Green
5. Verdopplung der Ausbildungsplätze für Hebammen im Land Brandenburg	Green	Green	Yellow	Green	Yellow	Green	Green
6. Anpassung der Gehälter der Erzieher*innen in der Kindertagesbetreuung als pädagogische Fachkräfte an die Gehälter von Lehrer*innen	Red	Yellow	Red	Yellow	Yellow	Red	Green
7. Bessere Anerkennung des Ehrenamtes durch angemessene finanzielle Unterstützung, z.B. über Rentenpunkte	Green	Yellow	Green	Green	Yellow	Green	Green
8. Neue finanzielle Eingruppierung für hauptamtliche Tätigkeiten in den gemeinnützigen NGOs entsprechend des Verantwortungsgrades der Tätigkeit im Verein	Yellow	Yellow	Green	Red	Yellow	Green	Yellow
9. Gesetzliche Regelung, dass Krankenhäuser, Kitas und andere öffentlich finanzierte soziale Einrichtungen ihre Beschäftigten nach Tarifvertrag bezahlen	Green	Green	Green	Green	Green	Yellow	Yellow
10. Einsatz der Landesregierung für deutlich mehr Tarifbindung , da dies der wichtigste Hebel für gute Einkommen, Entgelttransparenz und gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit ist	Green	Green	Green	Green	Green	Green	Green
11. Gesetzliche Regelung, dass Wirtschaftsförderung und öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen mit Tarifvertrag gehen	Green	Yellow	Green	Green	Yellow	Red	Red

12. Dass sich die Landesregierung für eine gerechte Grundrente einsetzt. Das hilft Armut in allen Lebensbereichen zu verhindern!							
13. Eine Erhöhung des Durchschnittslohns durch Rekommunalisierung bei gleichzeitiger Erhöhung der Tarifbindungsquote.							
14. Abschaffung der Kita- und Hort-Elternbeiträge für Kinder in allen Altersgruppen							
15. Verbesserung des Personalschlüssels in den Kindertagesstätten							
16. Einführung eines kostenlosen Mittagessens in den Kindertagesstätten							
17. Wiedereinsetzung eines Landesbeirats für Familienpolitik , der mit der Herausgabe eines Familienberichtes betraut wird, der im Wesentlichen dreiteilig gegliedert ist: Familienbefragung, wissenschaftliche Expertise und politische Handlungsempfehlungen							
18. Wir fordern, dass die Landesregierung die Bedingungen zur Chancengerechtigkeit bei der politischen Teilhabe von Frauen durch konkrete Maßnahmen schafft - dazu zählen Zeitressourcen schaffen z.B. lange Kita- und Schulwege durch wohnortnahe Betreuungs- und Lernstandorte verkürzen, Pendelzeiten zur Arbeit durch eine flächendeckende Mobilität mit ÖPNV verkürzen, Finanzielle Hürden nehmen z.B. finanziellen Ersatz der Auslagen für Kinderbetreuung und Verdienstaufschlag für ehrenamtliche Kommunalpolitiker*innen gewähren Lebenswirklichkeit achten z.B. familien- und berufscompatible Regelungen hinsichtlich Sitzungszeiten in Bürgervertretungen wie Ortsbeiräten, Kreistagen, Stadtverordnetenversammlung und Ausschüssen treffen							
19. Wir fordern die Verwendung von geschlechtergerechter Sprache in allen Veröffentlichungen der Landesregierung							
20. Wir fordern die bildliche Berücksichtigung von vielfältigen Lebens- und Familienformen in den Veröffentlichungen der Landesregierung							

21. Wir fordern, dass die Landesregierung Gefährdungen der Demokratie erkennt und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen vorgeht.							
22. Frauen- und Geschlechterforschung als Aufgabe der Hochschulen im Hochschulgesetz zu verankern , wie dies bspw. in Berlin oder Niedersachsen der Fall ist							
23. Gendersensible Bildung , nicht nur in Sachen Berufswahl, sondern auch als Querschnittsthema in der Bildung allgemein (Sportunterricht, Lebensrealität von Mädchen und Frauen abbilden, Aufklärung)							
24. Wiedereinführung des Girls' Days							
25. Dauerhaft gesicherte Finanzierung der Frauenhäuser , die einen kostenfreien Zugang für betroffene Frauen und tarifliche Bezahlung der Mitarbeiterinnen sicherstellt – wir fordern ein Frauenhausfinanzierungsgesetz. Die brandenburgischen Frauenhäuser brauchen mehr Personal!							
26. Die Polizei muss geschult werden, um besser mit Opfern sexualisierter Gewalt umgehen zu können und ihre Anliegen ernst zu nehmen, das betrifft vermehrt auch Internetkriminalität wie Stalking, Doxing, Drohnachrichten, Überwachungsapps, frauenverachtende Kommentare etc.							
27. Aufstockung des Personals im MASGF um das Arbeiten im Begleitgremium Gewaltschutz nachhaltig zu gewährleisten							
28. Umsetzung der Istanbul Konvention: Pro 10.000 Einwohner*innen ein Frauenhausplatz für eine Frau mit ihren Kindern. In BB entspricht das einer knappen Verdopplung der Plätze							
29. Für die Legislatur 2019-2024 fordern wir, dass der Landtag die Mittel für eine Fortsetzung des Gleichstellungspolitische Rahmenprogramms verdoppelt und somit 220.000 Euro jährlich für gleichstellungspolitische Projekte zur Verfügung stellt							